2017/22 Reportage

https://jungle.world/artikel/2017/22/platte-versprechungen

Die Abrisspolitik und Stadtumbaupläne in Moskau

Platte Versprechungen

Von **Ute Weinmann**

In Moskau, aber auch in anderen Städten, sollen Tausende Wohnhäuser abgerissen werden, angeblich um Platz für moderne Bauten zu machen. Millionen Menschen sollen umgesiedelt werden. Wer Glück hat, bekommt eine größere Küche. Wer Pech hat, landet am Stadtrand ohne ausreichende Infrastruktur.

1-464, II-17 oder 1-515/5 heißen sie im technokratischen Jargon. Bekanntheit erlangten die während des rasanten Wohnungsbaubooms in der Sowjetunion massenweise entstandenen Block- oder Plattenbauten jedoch unter dem Namen »Chruschtschowka«. In den fünfziger Jahren hatten sie fünf Etagen, spätere Versionen wurden um drei oder vier weitere aufgestockt. Ganze Stadtviertel sind in Moskau von diesen Bauten geprägt. Bereits vor dem Zweiten Weltkrieg experimentierten die Stadtplaner mit rationalisierten neuen Bauformen, um das in die Städte strömende neue Proletariat mit dringend benötigtem Wohnraum zu versorgen. Aber erst nach Josef Stalins Tod im Jahr 1953 läutete dessen Nachfolger Nikita Chruschtschow eine neue Epoche ein, die Millionen von Sowjetbürgerinnen und -bürgern einen Komfort bescherte, der sich im Vergleich zum Dasein in überfüllten Kommunalwohnungen fast schon wie echter Kommunismus anfühlte.

Der Generalsekretär nahm nicht nur Abstand von der überladenen Architektur Stalin’scher Prägung, sondern erhob das Zusammenleben in Kleinfamilien mit eigener Küche und Bad zum neuen sozialistischen Wohnideal. »Arbeiterschließfächer« lautete die prosaische Bezeichnung für die monotonen Klötze in der DDR, die mehr das Gefühl von verordneter Gleichmacherei als von kollektivem Geist vermittelten. Aber angesichts der beengten und von gesellschaftlicher Kontrolle geprägten sowjetischen Lebensverhältnisse sorgte die Unterbringung in abgetrennten Wohneinheiten für einen bis dahin faktisch nicht vorgesehenen Luxus – Privatsphäre. Sie begünstigte die Entstalinisierung in der Praxis durch die Verwandlung der Küche in einen Ort freier Redekultur.

> »Die Vorbereitungen sind ein gigantisches Spekulationsgeschäft zur Zerstörung unserer Stadt.« Jelena Rusakowa, unabhängige Abgeordnete

Doch die Chruschtschowka galt zunächst nur als Provisorium, schließlich versprach ihr Namensgeber, bis zum Jahr 1980 den Kommunismus zu erschaffen, und damit hätte dann das sozialistische Wohnmodell einem wie auch immer gearteten zukunftsträchtigen kommunistischen weichen müssen. Deshalb galt die Lebensdauer einer Platte der frühen Bauweise als begrenzt, sorgfältige Nutzung und Sanierungspläne waren also überflüssig. Statt des Kommunismus hielt ein Jahrzehnt später der Kapitalismus Einzug und mit ihm das Prinzip der Gewinnmaximierung – das Ende der fünfstöckigen Plattenbauten war besiegelt. Unter dem Moskauer Bürgermeister Juriy Luschkow wurde 1999 der Abriss von 1 700 Gebäuden innerhalb von zehn Jahren beschlossen, über 160 000 Familien wurden umgesiedelt, aber das Ganze zog sich in die Länge. Jetzt soll alles schneller über die Bühne gehen: Nicht nur in der Hauptstadt, sondern im ganzen Land sollen perspektivisch alle als für eine Sanierung ungeeignet eingestuften sowjetischen Wohnaltlasten plattgemacht werden.

Hoch hinaus

Irina K.* hat ihre erste Chruschtschowka in einem längst eingemeindeten Moskauer Vorort 1966 im Alter von zehn Jahren, bezogen – ihre zweite hat sie vor zwei Monaten verlassen. Ihre Mutter arbeitete für den staatlichen Denkmalschutz, was der Familie 1991 den Umzug in einen näher an der Innenstadt gelegenen Stadtteil bescherte. Aber das neue Haus unterschied sich kaum vom alten. Jetzt blickt Irina im Stadtteil Prospekt Wernadskogo des westlichen Bezirks aus dem 17. Stock eines Neubaus auf die sich rasant verändernde Stadtlandschaft herab. »Natürlich war ich froh, in eine neue Wohnung zu ziehen«, sagt sie. »Weil wir in ständiger Erwartung eines Umzugs lebten, haben wir schon ewig keine Renovierung mehr vorgenommen.« Irina wollte hoch hinaus, so weit weg wie möglich vom Geschehen auf der Straße. Nur die Aussicht ist nicht ganz so spektakulär, wie sie es sich erhoffte. Die wissenschaftliche Mitarbeiterin des Instituts für Philosophie an der Akademie der Wissenschaften dachte, sie könne nun vom Fenster aus das Hauptgebäude der Moskauer Staatsuniversität sehen, wo sie einst ihr Studium absolvierte. Nadja, ihre Tochter und angehende Landschaftsarchitektin, ist der Erde mehr verbunden und hätte eine Bleibe näher am Boden bevorzugt.

In der geräumigen, aber noch recht kahlen Küche mit Balkon sitzen Irina, Nadja und ihre Nachbarin Zhanna K.* aus dem 13. Stock. Sie wohnten früher schon nah beieinander im Viertel, kannten sich aber noch nicht. Im neuen Haus, in das erst etwa ein Viertel seiner neuen Bewohnerinnen und Bewohner eingezogen ist, fällt es leicht, Bekanntschaften zu schließen. Mit Zhanna sowieso, sie strahlt vor Optimismus: »Wir wissen schon seit über 20 Jahren, dass unser Haus abgerissen wird, deshalb haben wir uns richtig darüber gefreut, als es endlich konkret wurde!« Zhanna kann allem Positives abgewinnen, aber ein ganz klein wenig Wehmut liegt schon in ihrer Stimme, als sie ihr altes kleines Viertel beschreibt: »Wir haben wie auf dem Dorf gelebt. Alles grün rundherum und wir haben die Wohnung schön renoviert.« Vor 30 bis 40 Jahren standen in der Nähe noch Holzkaten und es wurde frische Kuhmilch verkauft. Diese Zeiten sind längst vorbei, immer mehr Hochhäuser wachsen aus dem Boden, trotzdem zählt der Bezirk zu den gehobeneren in Moskau mit entsprechenden Immobilienpreisen. Bis zur nächsten Metrostation sind es vom neuen Haus gerade einmal 600 Meter. Früher mussten sie fast doppelt so weit laufen. Hinter der Metro breiten sich weiter Parkflächen aus, die allein deshalb als Baufläche

ungeeignet sind, weil sich darunter ein ausgefeiltes Atombunkersystem befindet.

Alle drei Frauen sind sich einig: Sie hatten großes Glück. Viele beneiden sie um ihre neue Wohnung. »Nur wir sind so nah an unserem alten Haus geblieben«, sagt Zhanna. »Alle anderen mussten viel weiter wegziehen. Dafür haben sie größere Wohnungen bekommen. Ich glaube aber, sie haben dafür extra bezahlt.« Auch mit der Auswahl durfte sich Zhanna Zeit lassen. »Bei der Verwaltung haben sie mir einen Besichtigungsgutschein gegeben und gesagt, ich solle mich vor Ablauf eines Monats melden.« Das Gesetz schreibt drei Tage vor. Wer eine Absage erteilt, muss auf ein neues Angebot warten. Nadja empfand das ganze Prozedere hingegen eher als Stress, denn ihr blieb nur die vorgeschriebene Frist. »Ich habe das nicht als Wahl begriffen«, sagt sie. Ihre Mutter pflichtet ihr bei: »Wir haben das erste Angebot angenommen, aus Angst, dass wir an den Stadtrand versetzt werden. Mein Traum war es, hier zu bleiben.« Etwas nachdenklicher fügt sie hinzu: »Wäre es ein anderes Haus gewesen, hätte ich das Angebot vielleicht ausgeschlagen.« An der Stelle ihrer neuen Behausung befand sich das Gebäude, in dem die Mutter seinerzeit gearbeitet hatte. »Trotz allem, wir waren froh. Die alte Küche war einfach zu klein.«

Bangen und hoffen

Der Vorlauf hatte es in sich. »Die Moskauer Stadtverwaltung hat ständig die Spielregeln geändert. Wir konnten uns keine Vorstellung davon machen, wo und wie wir später wohnen werden. Nach welchem Prinzip die Wohnungsverteilung vorgenommen wird. Ob der Marktpreis oder die Anzahl der Zimmer berücksichtigt werden«, so Irina. Sie ist sichtlich erleichtert darüber, die ganze Geschichte hinter sich zu haben. Im Dezember 2015 gab es falschen Alarm, danach hieß es, der Umzug finde im Folgejahr statt. »Irgendwann hörst du auf, daran zu glauben«, ist Nadjas nüchternes Fazit. »Wir haben uns darum nicht gekümmert, weil wir dachten, das dauert noch. Mein Vater war krank, meine Großmutter ist bettlägerig. Für meine Mutter war der Umzug eine Katastrophe.«

Im September 2016 kam das erste konkrete Angebot. Bis dahin hatte es nur Gerüchte gegeben. Wirklich hilfreich bei der Klärung der eigenen Zukunftsperspektiven waren selbst die Treffen mit lokalen Verwaltungsvertretern nicht. Sie sagten nicht offen, dass die Umsiedlung in andere Stadtviertel erfolgen werde, deuteten es aber an. Irinas Familie hatte Anspruch auf eine Dreizimmerwohnung, der Großteil der Neubauwohnungen im Bezirk für Umsiedler wies indes nur zwei Zimmer auf. »Wer wie viele Quadratmeter bekommt, das ist wie ein Lottospiel«, findet Zhanna. Zuschnitt oder Wohnfläche standen nicht zur Debatte, ganz zu schweigen von der Qualität verwendeter Baumaterialien. Zu Zeiten des alten Bürgermeisters Juri Luschkow hätten die Leute bessere Wohnungen bekommen, heißt es. Sein Nachfolger Sergej Sobjanin, ein Technokrat aus dem sibirischen Tjumen, schert sich nicht um den Wohnstandard.

> »Wir haben das erste Angebot angenommen, aus Angst, dass wir an den Stadtrand versetzt werden. Mein Traum war es, hier zu bleiben.« Irina, Umgesiedelte

#Etliche Probleme warten noch auf Irina, Nadja und Zhanna. Wer die Hausverwaltung übernimmt, ist ungeklärt. Um diesen Prozess kontrollieren zu können, müssen die neuen Bewohnerinnen und Bewohner erst eine Eigentümervereinigung gründen. In die

Schlagzeilen sind sie auch schon geraten. »Heute kam das Fernsehen ins Haus«, berichtet Zhanna. »Es wurden für einen Brandfall relevante Entrauchungsmotoren aus der Lüftungsanlage gestohlen, da stand ›Hergestellt in der Schweiz‹ drauf. Die kosten über 150 Euro das Stück. Ich habe das als erste bemerkt. Die Polizei war auch schon da. Eine Mitarbeiterin der staatlichen Betreibergesellschaft hatte uns aber abgeraten, die Polizei zu rufen.«
Ihre alten Chruschtschowki sind zum Teil noch bewohnt. »Unsere Nachbarin hält immer noch die Stellung«, sagt Zhanna. »Sie ist die letzte im Haus. Sie wartete viele Jahre auf eine größere Wohnung, aber im letzten Moment wurde sie von der Liste gestrichen. Eine Schweinerei! Ihre Mutter ist schwerbehindert, deshalb stehen der Familie bessere Konditionen zu.« Das Gas wurde längst abgestellt, es gibt auch keinen Strom und kein Wasser mehr. Mit diesem Problem musste sich auch Irina kurz vor dem Auszug auseinandersetzen. »Ich habe mich beschwert, aber dann die Antwort erhalten, dass wir den Unterlagen nach bereits im September die Wohnung hätten räumen müssen. Mich erinnert das ganze Vorgehen von den Methoden her an die Kollektivierung.«

Starke Vergleiche sind derzeit in Mode. »Renovation« lautet das Stichwort, ein Programm, das den Wohnungsbesitzer seiner Eigentumsrechte beraubt. Die Moskauer Stadtregierung preist ihr Megaprojekt als Abriss baufälliger fünfstöckiger Chruschtschowki; deren Bewohner würden in moderne Wohnhäuser umgesiedelt. Mit dem unter Luschkow realisierten Abrissprogramm hat das Renovationsmodell allerdings wenig zu tun. Der geplanten Neuregelung zufolge sind keine klaren formalen Kriterien zur Aufnahme in das Programm vorgesehen wie beispielsweise Baufälligkeit. Die Entscheidung treffen die Behörden nach eigenem Ermessen. Bislang fand in der Duma nur die erste Lesung der Gesetzesinitiative statt, die zweite wurde wohl nicht zuletzt wegen der immer lauter werdenden Kritik auf Anfang Juli verschoben.

Bereits jetzt schaffen die Verantwortlichen Fakten. Anfang Mai veröffentlichte die Stadt eine Liste mit 4 566 abzureißenden Häusern, in denen annähernd eine Million Einwohnerinnen und Einwohner Moskaus ihr Zuhause haben. Mitte des Monats begann eine zweiwöchige Umfrage, bei der alle Betroffenen aufgefordert werden, ihre Zustimmung zu geben. Sie dürfen auch ablehnen, aber juristische Verbindlichkeit hat dies nicht. Ohnehin gab Bürgermeister Sobjanin zu verstehen, die Nichtbeteiligung werde automatisch als Zustimmung gewertet – Mitspracherecht auf Moskauer Art. Wer im Übrigen erwartet hat, dass nur marode Plattenbauten abgerissen werden sollen, irrt. Unter den genannten Adressen finden sich etliche Steinbauten in exzellentem Zustand und sogar Kulturdenkmäler, viele in lukrativer Lage. Baufirmen können den Abriss kaum erwarten. Ihnen wird sogar in Aussicht gestellt, dass geltende Bauvorschriften außer Kraft gesetzt werden – dass beispielsweise der geforderte Gebäudeabstand zwischen Hochhäusern verringert wird. Außerdem bieten ehemalige Industriegebiete jede Menge Platz für Umgesiedelte, aber eine ausreichende Infrastruktur, seien es Kindergärten, Polikliniken oder größere Grünflächen, sind nicht vorgesehen. Stadtentwicklung mit dem Ziel, die Lebensqualität zu erhöhen, ist offenbar nicht Sobjanins Anliegen.

Erster Widerstand

Jelena Rusakowa setzt sich seit Jahren gegen illegale Baupraktiken und für eine vernünftige Stadtplanung ein. Als unabhängige Abgeordnete im Gagarin-Viertel kämpfte

sie schon gegen diverse zweifelhafte Vorhaben, jetzt aber geht es ums Ganze. »Die Vorbereitungen sind ein gigantisches Spekulationsgeschäft zur Zerstörung unserer Stadt«, empört sie sich. »Bislang ist alles reine Willkür. Sie wollen, so weit ich das verstehe, das Gesetz so schnell wie möglich verabschieden.« Es gehe aber in die grundsätzlich falsche Richtung. Es brauche kein gesondertes Gesetz, denn das staatliche Wohnförderprogramm, das seit vielen Jahren funktioniert und auch weiter läuft, reiche völlig aus. »Es gibt nur wenige Häuser, die ungeeignet sind für eine Grundsanierung. Die wäre zudem deutlich billiger.« Nach derzeitigem Stand wird ein Grundstück festgelegt, auf dem der gesamte Altbestand abgerissen werden soll. Bei den alten Häusern gehöre ein Teil des anliegenden Grundstücks den Eigentümern, was nach der Umsiedlung nicht mehr der Fall sei. De facto handele es sich hier also um eine Enteignung. Wer sich dem Umzug verweigert, werde nach neuem Recht einfach aus seiner Wohnung verdrängt. Zudem stellt sich die Frage nach der Finanzierung des Programms. Angesichts der Wirtschaftskrise herrscht in vielen Neubauten Leerstand, was Baufirmen an den Rand der Pleite treibt. Rusakowa vermutet, mit neuen Krediten solle dieses Problem gelöst werden: »Das sieht alles nach einer Finanzpyramide aus.«

Langsam formiert sich Widerstand. Mitte Mai protestierten über 20 000 Menschen gegen das Umsiedlungsprogramm. Sehr wütend wirkten jedoch nur die wenigsten Teilnehmenden. »Ich denke, das ist erst der Anfang der Bewegung«, so Rusakowa, die eine der Organisatorinnen des Protests war. Die Gegenseite, Verwaltung und Baufirmen, hat indes nicht nur den Staatsapparat hinter sich, sondern fiel bereits durch ihre Skrupellosigkeit auf. Mehrere Männer griffen Kari Guggenberger, die Administratorin einer populären Facebook-Community der Abrissgegner, in der Nähe ihres Wohnhauses tätlich an. Unbekannte setzten die Wohnung von Sergej Schargunow, einem Mitglied der Duma-Fraktion der Kommunistischen Partei (KPRF), in Brand, kurz nachdem dieser als einer von vier Abgeordneten in der ersten Lesung gegen das Gesetzesprojekt gestimmt hatte.

* Die vollständigen Namen sind der Redaktion bekannt.

© Jungle World Verlags GmbH